

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

„Ist in Herdorf Karneval, dann tobt und bebt ganz Hellertal!“ – So oder so ähnlich wird es in den kommenden Tagen überall im Wahlkreis und natürlich auch in unserer Landes- und Fassenachtshauptstadt Mainz wieder ertönen: die tollen Tage stehen vor der Tür, schon bald ziehen die Närrinnen und Narren los und wieder wird es von Köln bis Mainz „Alaaf“ und „Helau“ und von Herdorf bis Scheuefeld



„Naddah Jöh“ und „Kippen ronner“ schallen. Ich freue mich schon auf die traditionelle Herdorfer DJK-Sitzung oder auch auf die Sitzung in Rennerod, einer weiteren Karnevalshochburg im Wahlkreis, und bin gespannt, was „Mainz bleibt Mainz“ dieses Jahr für uns bereithält. Ich persönlich finde es herrlich, wie hier – immer mit einem fast schon liebevollen Augenzwinkern und ohne Ausfälligkeiten – auch die Landespolitik durch den Kakao gezogen wird. Das tut uns allen mal ganz gut. Man muss schließlich auch über sich lachen können!

Aber auch nach Karneval gibt es Grund zur Freude: Gemeinsam mit SPD-Generalsekretärin Katarina Barley möchten der SPD-Kreisverband Altenkirchen und ich beim bereits zweiten Politischen Aschermittwoch am 1. März 2017 bei einer deftigen Rede und einem herzhaftem Heringessen mit euch die Fastenzeit einläuten. Weitere Informationen und die Möglichkeit, euch dazu anzumelden, findet ihr in dieser Ausgabe der Wahlkreispost.

Bevor es aber diese Woche mit der Narretei losgeht, habe ich in der vor euch liegenden Ausgabe der Wahlkreispost auch ernstere Beiträge zum Kampf gegen Fakenews und Hass im Netz oder um die Opel-Standorte in Rheinland-Pfalz – und der ruht auch an Karneval nicht.

In diesem Sinne: eine gute Woche euch!

Eure Sabine



„IM NETZ BRAUCHEN WIR DIGITALCOURGAE“

Malu Dreyer wendet sich gegen Lügen und Hass im Netz

„Das Recht gilt auch im Internet. Plattformbetreiber müssen dabei ihrer Verantwortung nachkommen“, das unterstrich Ministerpräsidentin Malu Dreyer in ihrer Rede anlässlich der Orientierungsdebatte im Landtag. Die überwältigende Mehrheit der Menschen nutze das Internet ohne Hass. Es sei nur ein kleiner Teil der Nutzer und Nutzerinnen im Netz, der seinem Hass und seiner Hetze online freien Lauf lässt. Auch wenn es noch immer zu viele seien. „Doch die digitale Demokratie werden wir nicht durch Zensurmaßnahmen oder durch Wahrheitskommissionen voranbringen“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Genauso klar sei aber auch, dass es der Durchsetzung des Rechts im Netz genauso wie im normalen Leben bedarf. Strafbare Inhalte wie Beleidigungen, Verleumdungen und Volksverhetzung müssen mit den Mitteln des Rechtsstaats bekämpft werden.



„Straftaten müssen offline und online gleichermaßen geahndet werden können“, sagte die Ministerpräsidentin. Nach einer aktuellen Meldung des Landeskriminalamts ist die Zahl der polizeilich erfassten Hass-Delikte im Internet in Rheinland-Pfalz im Jahr 2016 um 31 Prozent gesunken. „Grund dafür ist auch die breite mediale Thematisierung der Problematik. Wir sehen: Die öffentliche Auseinandersetzung damit, wie wir uns unser Leben und unser Miteinander im Netz vorstellen, ist hilfreich. Wir wollen das Netz und unsere digitale Zukunft positiv begreifen und gestalten“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

„Wir brauchen dafür verantwortliche Ansprechpartner bei den sozialen Netzwerken im Inland, an die sich Betroffene, Justiz und Strafverfolgungsbehörden wenden können. Wir brauchen einfachere Kommunikationswege für Nutzer und Nutzerinnen, damit strafbare Inhalte den Betreibern der Plattformen gemeldet werden können. Hassbotschaften müssen von den Plattformbetreibern gelöscht werden und dafür sind sie in der Pflicht“, mahnte Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

„Wir müssen junge Menschen fit machen für die digitale Welt: Politische Bildung und Medienkompetenz sind unsere nachhaltigen Antworten auf Hass und Lügen im Netz“, erklärte die Ministerpräsidentin. Dafür mache die Landesregierung eine Politik, die junge Menschen ermutigt und ertüchtigt, aktiv für die Stärken unserer Demokratie einzutreten.

„Seriöse, professionelle Medienarbeit ist das Gegengewicht zu Fake-News und Propaganda im Netz. Deswegen brauchen wir gut recherchierte Nachrichten. Denn die Menschen suchen verlässliche Informationen. Der Bedarf für unsere duale Medienlandschaft, für die privaten Medienunternehmen und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist da“, so Dreyer. „Sie können Fake-News etwas entgegensetzen: unabhängige, gut recherchierte Nachrichten“.

Die Ministerpräsidentin fordert auch „Digitalcourage“ im Netz. Die liberale Bürgergesellschaft müsse gehalten: „Dem Hass in den Herzen und der Wut in den Köpfen müssen wir widersprechen, wir müssen selbstbewusst gehalten. In der analogen Welt gibt es das Wort "Zivilcourage". Genau das braucht es auch im Netz: "Digitalcourage"!“ .

Es sei aber auch wichtig, die Ursachen anzugehen, statt Symptome zu bekämpfen! „Wir Politikerinnen und Politiker müssen uns auch fragen: Woher kommen Hass und Unzufriedenheit? Wir müssen uns fragen, warum Enttäuschung und Unzufriedenheit zuweilen in Wut und Hass umschlägt. Wir müssen verhindern, dass sich die Gesellschaft noch stärker polarisiert. Aus meiner Sicht müssen wir die soziale Frage neu stellen und neu beantworten. Menschen müssen spüren, dass man ihre Sorgen ernst nimmt“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

„Rechtsstaat und Digitalcourage sind meine Antwort auf Hass und Lügen im Netz. Wir müssen das Recht auch im Web durchsetzen, brauchen gut recherchierte Nachrichten als Gegengewicht zu sogenannten Fakenews.“

Junge Menschen müssen wir fit machen für die Digitalisierung, Lügen und Hass aktiv widersprechen. In der analogen Welt gibt es das Wort Zivilcourage. Genau das braucht es auch im Netz: Digitalcourage.“



MALU DREYER

WEITERE VERBESSERUNGEN BEI DER RENTE

Bundeskabinett beschließt bessere Erwerbsminderungsrente und Angleichung der Ost-Renten – Zuschuss des Bundes wird erhöht

Das Bundeskabinett hat am vergangenen Mittwoch zwei Gesetzentwürfe beschlossen. Das Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz führt dazu, dass die Deutsche Einheit bis 2025 auch in der Rentenversicherung erreicht wird. Mit dem Entwurf des Gesetzes zur Verbesserung der Leistungen bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit weitet die Bundesregierung die Leistungen für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr oder nur noch teilweise arbeiten können, weiter spürbar aus.

Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales: „Auch in der Rentenversicherung gilt: Zusammen sind wir stark. Ausdruck dieser Grundüberzeugung sind die beiden Vorhaben, die wir heute auf den Weg gebracht haben: Für die, die nach Krankheit oder Unfall, wegen körperlicher oder seelischer Probleme nicht mehr arbeiten können, verbessern wir die Erwerbsminderungsrente zum zweiten Mal in dieser Legislatur. Auch die zweite Änderung folgt dem Ziel des Zusammenhalts und guten gesellschaftlichen Ausgleichs: 30 Jahre nach dem Mauerfall verpflichten wir uns auf die letzten Schritte zur vollständigen Renten-Einheit; mit gleichem Recht für alle nach der nötigen Zeit des Übergangs.“



Anknüpfend an die Erhöhung des Zuschusses im Rahmen des RV-Leistungsverbesserungsgesetzes wird sich der Bund zukünftig stufenweise an der Bewältigung der demografischen Entwicklung und der Finanzierung der Renten beteiligen. Beginnend im Jahr 2022 wird der Bundeszuschuss um 200 Millionen Euro und danach in den Jahren 2023 bis 2025 jährlich um jeweils 600 Millionen Euro erhöht. Ab dem Jahr 2025 wird die Erhöhung dauerhaft zwei Milliarden Euro betragen. Beide Gesetze sollen in ihren maßgeblichen Teilen zum 1. Januar 2018 in Kraft treten.

LANDESREGIERUNG KÄMPFT FÜR STANDORTE

Opel-Übernahme durch PSA muss Erfolg für alle werden

„Eine Allianz zwischen Opel und PSA muss für alle Seiten eine erfolgreiche Zukunftsperspektive haben“, erklärte Malu Dreyer zur möglichen Übernahme von Opel durch die französische PSA-Gruppe.

„Rheinland-Pfalz ist auch Opel-Land mit 2.100 Beschäftigten in Kaiserslautern und sehr vielen im Werk Rüsselsheim. Deswegen werde ich mit meinen Länderkollegen zusammen für einen Erhalt der Standorte in



Deutschland kämpfen. Das haben wir auch in Gesprächen mit dem Opel-Vorstand und den Betriebsräten deutlich gemacht.“ Das müsse das Ziel der Verhandlungen im Verkaufsprozess sein, erklärte die Ministerpräsidentin. „Meine Landesregierung wird alles dafür tun, um die Standorte zu erhalten. Wir wollen dazu beitragen, dass eine Allianz der Autohersteller allen Seiten etwas bringt.“ Dazu stehe Rheinland-Pfalz mit der Bundesregierung und Hessen in Kontakt. „Wichtig ist, dass sich die Standorte nicht untereinander ausspielen lassen“, sagte die Ministerpräsidentin. „Die Mitarbeitervertreter müssen dabei an den Verhandlungen beteiligt werden“, erklärte Ministerpräsidentin Malu Dreyer und begrüßte positive Signale von PSA-Chef Carlos Tavares.

„Opel mag eine internationale Eigentümerstruktur haben, die Wurzeln des Unternehmens sind aber in Deutschland, auch in Rheinland-Pfalz“, erklärte Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing. Das Ziel des Verkaufsprozesses müsse eine erfolgreiche Allianz zwischen Opel und PSA sein, die die Standorte dauerhaft sichere. „Opel kann auch unter der Führung von Peugeot eine gute Zukunft haben“, an dieser gelte es nun gemeinsam mit allen Akteuren zu arbeiten. Die Landesregierung setze sich mit vereinten Kräften für den Standort Kaiserslautern ein. „Kaiserslautern ist ein attraktiver Standort, der im Wettbewerb mit anderen Regionen bestehen kann, sagte Wissing.

Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler und der Vorsitzende des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland Dietmar Muscheid sind sich einig. „Sicherung der Arbeitsplätze und Mitbestimmung stehen an erster Stelle.“ Die Beteiligung der Betriebsräte und der IG-Metall bei den Verhandlungen sei ein absolutes Muss. Es sei nicht zu akzeptieren, dass dies offenbar bis jetzt nicht der Fall war. „Die Mitbestimmung und die Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft ist keine Option, sondern eine Notwendigkeit“, betonte der DGB-Vorsitzende Dietmar Muscheid. Schließlich seien es die Beschäftigten gewesen, die auf Millionen Euro verzichtet hatten, um ihren Beitrag zur Rettung aus der Krise zu leisten“, erinnerte Malu Dreyer. Für den Zusammenhalt des Unternehmens sei es wichtig, dieses Engagement nicht zu vergessen. Die Bedeutung des Opel-Standortes in Kaiserslautern sei für den Arbeitsmarkt der Region herausragend und müsse bei allen Überlegungen eine zentrale Rolle spielen, erklärte Arbeitsministerin Bätzing-Lichtenthäler. „Das Kaiserslauterner Opel-Werk war und ist ein Innovationsmotor für kreative und zukunftsweisende Entwicklungen in der Fahrzeugbranche. Dies ist maßgeblich auf das Engagement, die Leistungsbereitschaft und das Know-how der über 2.000 Beschäftigten zurückzuführen“, so die Arbeitsministerin.

Gemeinsam erklärten Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing, Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler und der DGB-Vorsitzende Dietmar Muscheid, sich in den weiteren Prozess für eine erfolgreiche Zukunft des Unternehmens und zum Wohl der Beschäftigten einzubringen.

GRUNDSATZ „KURZE BEINE – KURZE WEGE“ BLEIBT *Verunsicherung bei den Grundschulleitern entgegenwirken*

In der aktuellen Diskussion um den Leitlinienentwurf für ein wohnortnahes Grundschulangebot des Mainzer Bildungsministeriums, von denen etwa auch die Grundschule Herkersdorf/Offhausen als Außenstelle der Michaelschule in Kirchen berührt wird, meldet sich jetzt Sabine Bätzing-Lichtenthäler, SPD-Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis 1 (Betzdorf/Kirchen) zu Wort und möchte der Verunsicherung bei den Eltern entgegenwirken: „Unsere Kinder sollen bestmöglich lernen können und gefördert werden. Deshalb müssen wir uns stetig verantwortungsvoll um die Zukunft unserer Schulen kümmern. Die Leitlinien für ein wohnortnahes Grundschulangebot ermöglichen es den Schulträgern, die in der Regel die Verbandsgemeinden sind, individuelle und zukunfts feste Konzepte für ihren Schulstandort zu erarbeiten.“



Nach wie vor liege die Zukunft der Grundschulen vor Ort zurecht in den Händen der Schulträger – bezogen auf die Grundschule in Herkersdorf/Offhausen also bei der Verbandsgemeinde Kirchen. „Mit den Leitlinien des Bildungsministeriums können kleine Grundschulen für alle nachvollziehbar und vor dem Hintergrund der Gegebenheiten vor Ort geprüft werden. Die Schulträger bleiben Experten und Entscheider vor Ort. Und das ist auch gut so. Nur so können gemeinsam Lösungen gefunden werden, die auch kleine Grundschulen fit für die Zukunft machen.“ Dabei werde man auch weiterhin in Mainz an einem Prinzip festhalten: „Der Grundsatz ‚Kurze Beine – kurze Wege‘ gilt nach wie vor! Gerade Grundschüler sollen einen möglichst kurzen Weg zur Schule haben.“ Kleine Grundschulen stießen jedoch beispielsweise bei Organisation von Vertretungsstunden oder

zusätzlichen Förderangeboten von Fall zu Fall an Grenzen. Auch seien die Lehrerinnen und Lehrer oft in verschiedenen Funktionen und Aufgaben sehr stark eingebunden. Deshalb sei es grundsätzlich richtig, dass die kleinsten Grundschulen im Land überprüft werden müssten. Gleichsam bedeute dies aber nicht, dass jeder Überprüfung auch eine Schließung folgen müsse. „Umso mehr sind die Schulträger aber aufgerufen, nicht nur ihre großen, sondern auch ihre kleinen Grundschulen zukunftsfest auszurichten“, so Bätzing-Lichtenthäler.

Der Leitlinienentwurf von Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig, der lediglich das bereits vorhandene Schulgesetz konkretisiert, liegt derzeit den kommunalen Spitzenverbänden, den Interessenvertretungen der Lehrer und Schulleitungen sowie den Eltern- und Schülervertretungen vor. Bis Ende Februar haben diese die Möglichkeit, Anregungen und Kommentierungen vorzutragen.

KATARINA BARLEY KOMMT IN DEN WAHLKREIS!

SPD-Generalsekretärin spricht am Politischen Aschermittwoch

Ein Veranstaltung des SPD-Kreisverbandes Altenkirchen und Sabine Bätzing-Lichtenthäler, MdB, und Staatsministerin

SPD
Kreisverband
Altenkirchen

**Politischer
Aschermittwoch**
mit Katarina Barley, MdB
SPD-Generalsekretärin

01. März ab 17 Uhr
im Gasthof Koch in Daaden

www.spd-ak.de

Der SPD-Kreisverband Altenkirchen und Sabine Bätzing-Lichtenthäler freuen sich auf einen unterhaltsamen und prominent besetzten Abend nach den "tollen Tagen" im Superwahljahr 2017: Katarina Barley, MdB und SPD-Generalsekretärin besucht den Wahlkreis und wird beim gemeinsam vom SPD-Kreisverband und der Landtagsabgeordneten Sabine Bätzing-Lichtenthäler ausgerichteten Politischen Aschermittwoch am 1. März 2017 um 17:00 Uhr im Gasthof Koch sprechen. Im Anschluss an die deftige Rede der Triererin gibt es ein herzhaftes Heringessen!

Wer daran teilnehmen möchte, kann sich gerne entweder per E-Mail an kontakt@spd-ak.de oder telefonisch unter 02741/970388 anmelden. Auch auf Facebook ist die Veranstaltung zu finden. Einfach [hier](#) klicken und „zusagen“ oder mit Freunden teilen!